



Im Erziehungsheim St. Martin in Schwaz wurden Hunderte Mädchen traumatisiert und körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt. Foto: Zoom-Tirol

Heimopfer: Verjährung wackelt

Ein Antrag von ÖVP und Grünen sieht jetzt doch bei Klagen von Missbrauchsoffern die Möglichkeit vor, auf die Verjährung zu verzichten.

Von Peter Nindler

Innsbruck – 333 Missbrauchsoffer in Heimen des Landes hat die Tiroler Landesregierung bisher mit insgesamt 3,2 Millionen Euro finanziell entschädigt. Unabhängig davon sind zwei Klagen in Höhe von 900.000 bzw. 280.000 Euro gegen das Land anhängig. Vorerst muss das Gericht prüfen, ob die Klagsforderungen überhaupt zulässig und nicht schon verjährt sind. Schon seit Monaten wird deshalb ein Verzicht des Landes auf den Einwand der Verjährung gefordert, damit die Betroffenen ihre Ansprüche vom Gericht klären lassen können. Zuletzt vom Historiker Horst Schreiber, der über die Vorgänge in den Landesheimen intensiv geforscht hat. LA Andreas Brugger (Liste Fritz) brachte einen entsprechenden Antrag im Landtag ein.

Mit dem Verweis auf die Rechtsstaatlichkeit hat Sozialreferentin LR Christine Baur (Grüne) einen generellen Verzicht auf die Verjährungsfristen bisher abgelehnt. Jetzt dürfte die schwarz-grüne Landeskoalition doch einlenken. Gegenüber der *TT* spricht der grüne Klubchef LA Gebi Mair von einem Kompromiss, den man ausgearbeitet habe. Er

betrifft zwar nicht die anhängigen Klagen, „weil wir damit in ein laufendes Verfahren eingreifen würden“, sehr wohl aber die künftigen. Im Abänderungsantrag heißt es: „Der Landesregierung wird die Ermächtigung eingeräumt, bei derzeit noch nicht gerichtlich geltend gemachten Ansprüchen, die gegen das Land Tirol auf nach dem 15. Mai 1945 geschehene körperliche oder seelische Misshandlungen oder erbrachte Arbeitsleistungen in einem Kinderheim gestützt werden, aufgrund der Erfahrungen mit den derzeit gerichtsanhängigen Verfahren auf den Einwand der Verjährung zu verzichten.“ Sollte bei den zwei Klagen das Gericht die Verjährung bestätigen, würde man nach einer Lösung suchen, fügt Mair hinzu.

Für Brugger ist der Vorschlag hingegen nicht akzeptabel: „Dieser Abänderungsantrag ist der Versuch, sich als Landesregierung und Land Tirol aus der Affäre zu stellen. Die Landesregierung sagt, dass sie für neue, andere Fälle auf die Verjährung verzichtet, aber dieser Fall wird möglicherweise gar nie eintreten.“ Außerdem dürften die derzeit klagenden Missbrauchsoffer nicht schlechter gestellt werden als künftige.

Betriebe hoffen auf Schwimmflügel vom Land

Der Hochwasserschutz kommt die öffentliche Hand und Unternehmer teuer. Letztere wollen, dass das Land einen Fördertopf einrichtet.

Von Anita Heubacher

Innsbruck, Kundl – 300.000 Euro musste die Firma Lindner Traktoren in Kundl in die Hand nehmen, um das Unternehmen baulich erweitern zu können. Die Gemeinde Kundl konnte keine Baugenehmigung erteilen, weil Lindner Traktoren durch die neuen Hochwasserschutz-Pläne des Landes in die rote Zone gerutscht war. Rote Zone bedeutet Baustopp oder in den Hochwasserschutz zu investieren. „Bis die Gemeinde einen Damm gebaut hat, vergehen etliche Jahre. Für mein Unternehmen hätte das Stillstand bedeutet“, erklärt Hermann Lindner. Er nahm deshalb selbst Geld für den Objektschutz in die Hand. Lindner ist auch Vize-Präsident der Industriellenvereinigung.

So wie Lindner Traktoren könnte es noch anderen Unternehmern gehen. Wie berichtet, mussten aufgrund der neuesten Klimaprognosen die Gefahrenzonenpläne für Hochwasser österreichweit neu berechnet werden. Die Zahl der gelben und roten Zonen ist damit gestiegen. Vor allem betroffen ist die Inntalfurche und hier besonders Schönwies, Imst, Strass im Zillertal, Kramsach, Kundl und Wörgl. „In diesen Gemeinden werden neue rote Zonen ausgewiesen. Damit verbunden ist ein Bauverbot“, erklärt Lindner. Einige Unternehmen haben in den betroffenen Gemeinden bereits Alarm geschlagen. Die *TT* hat berichtet.



Land unter in Kössen. Der Hochwasserschutz wird ausgedehnt. Betroffen sind vor allem Schönwies, Imst, Strass, Buch, Kramsach, Kundl und Wörgl. Foto: Zoom-Tirol

Während für das Umweltministerium und die Hochwasserexperten des Landes rote Zonen überhaupt tabu sind, will die Landesregierung Bauen unter bestimmten Auflagen zulassen. In den nächsten fünf bis zehn Jahren muss die öffentliche Hand rund 300 Millionen Euro in den Hochwasserschutz für das gesamte Inntal investieren. Unternehmer, die nicht Jahre warten können, bis Dämme gebaut und Retentionsflächen eingerichtet werden, müssen selbst

in den Hochwasserschutz investieren. Die Wirtschaftskammer und die Industriellenvereinigung fordern deshalb die Landesregierung auf, bis Oktober ein mehrjähriges Investitionsförderprogramm zu initiieren, um betroffenen Unternehmern helfen zu können. Einen entsprechenden Antrag hat die Industriellenvereinigung im Wirtschaftsparlament der Kammer diese Woche eingebracht.

„Wenn Unternehmen nicht mehr erweitert werden kön-

nen, wäre das ein enormer Schaden“, sagt Stefan Garbislander, Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik und Strategie in der Wirtschaftskammer. Bedingt durch die flauere Wirtschaftslage seien Unternehmer seit einigen Jahren sehr zurückhaltend, was Investitionen betreffe. „Die Auflagen in den Gefahrenzonen sind teuer und werden die Investitionen weiter bremsen“, fürchtet Hermann Lindner. Wie viel Geld in den Fördertopf fließen und woher es kommen soll, können Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung nicht sagen. „Noch ist nicht bei allen Unternehmern durchgesickert, wie stark sie unter Umständen betroffen sind.“ Eines sei jedoch klar: Wenn ein Unternehmer für den behördlich verordneten Hochwasserschutz Sorge tragen und ihn bezahlen müsse, solle das Land die Hälfte beisteuern, sagt die Industriellenvereinigung.

Die erhöhte Anzahl der gelben und roten Zonen seien ein zusätzliches Minus für den Wirtschaftsstandort Tirol, sagt Lindner. „Wir haben hohe Grundstückspreise, Auflagen aufgrund des Sanierungsgebietes Luft und jetzt kommt der Hochwasserschutz dazu.“ Nicht nur die erhöhten Mauern oder Dämme kosten, sondern auch die Versicherungsprämien. Rutscht ein Unternehmen in die rote Zone, würde die Prämie teurer. Wer neu in roten Zonen bauen will, wird von den meisten Versicherern nicht als Kunde angenommen.

Politik in Kürze

Einsames Solo beim SPÖ-Parteitag

Auf eine hohe Zustimmung für den Ropener Bürgermeister **Ingo Mayr** hofft die Tiroler SPÖ bei ihrem Parteitag in zwei Wochen in Innsbruck. Denn seit gestern ist es fix und Mayr (49) wird erwartet einziger Obmannkandidat. Der Betriebsratsvorsitzende des Arbeitsmarktservice wurde im März vom geschäftsführenden Parteichef und Klubobmann **Gerhard Reheis** als Obmannkandidat

vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Wunsch nach einem Rückzug von Reheis von der Klubspitze geäußert, doch LA Elisabeth **Blanik** und LA **Thomas Pupp**, der Klubchef werden wollte, konnten sich nicht durchsetzen. Dass es keinen Gegenkandidaten zu Mayr gibt, wertet Parteigeschäftsführer LA Georg **Dornauer jun.** setzte sich mit 70,3 Prozent der Stimmen gegen den Grinzener GR **Ralf Wiestner** durch. (*pn*)

ander in der Partei“. Mayrs Ergebnis wird letztlich symbolisieren, wie viel miteinander es tatsächlich gibt.

A 74 SPÖ-Mitglieder des Bezirkes Innsbruck-Land einen neuen Vorsitzenden gewählt. Der Sellrainer Vizebürgermeister und SPÖ-Klubsekretär **Georg Dornauer jun.** setzte sich mit 70,3 Prozent der Stimmen gegen den Grinzener GR **Ralf Wiestner** durch. (*pn*)



Als einziger Kandidat hofft Ingo Mayr (r.) auf ein Glücksergebnis. Er löst Gerhard Reheis ab. Foto: Böhm

Kurzmeldungen

70.000 € für Lesekompetenz

Innsbruck – Im Rahmen eines Festakts zeichnete Bildungs-LR Beate Palfraeder 40 Tiroler Volksschulen mit dem „Gütesiegel Lesen“ aus. Zusätzlich erhalten die Volksschulen für den Ankauf von Büchern, Zeitschriften, Möbeln und neuen Medien sowie für die Adaptierung von Räumlichkeiten eine Landesförderung in Höhe von insgesamt 69.810 Euro. (*TT*)



Palfraeder will Lesekompetenz der Volksschüler fördern. Foto: Land Tirol

Betriebswirtschaft online studieren

Innsbruck – Das Management Center Innsbruck (MCI) startet im Herbst ein Bachelor-Online-Studium für Betriebswirtschaftslehre. Dabei handelt es sich um das „erste Distance-Learning-Studium im Westen Österreichs“. Mit dem Studienkonzept soll neuen Lebensstilen Rechnung getragen werden. (*TT*)

Auto stürzte in ein Bachbett

Fließ – Ein spektakulärer Unfall bei Fließ endete am Freitag relativ glimpflich. Gegen 10.45 Uhr verlor ein 18-jähriger Lenker die Kontrolle über seinen Pkw. Das Auto stürzte fünf Meter ab und landete am Dach in einem Bachbett. Der Lenker und die Beifahrerin (16) kamen mit leichten Verletzungen davon. (*TT*)

Kollision zwischen zwei Radfahrern

Innsbruck – Im Umkreis der Innsbrucker Tiflisbrücke kam es am Donnerstagabend zu einer Kollision zwischen zwei Radfahrern. Eine 19-jährige Frau stieß dabei frontal gegen eine entgegenkommende 50-jährige. Diese kam zu Sturz und wurde dabei verletzt. Sie musste medizinisch versorgt werden. (*TT*)

Diebe nahmen Kakteen mit

Innsbruck – Ein ungewöhnlicher Diebstahl beschäftigt derzeit die Innsbrucker Polizei. Die Beamten der Inspektion Hötting ermitteln, wer aus einem Glashaus Kakteen im Wert eines vierstelligen Eurobetrages gestohlen hat. Zeugen werden ersucht, die Polizeiinspektion Hötting zu informieren. (*TT*)